

## Die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland.

In den nächsten Tagen werden sich, wie bereits berichtet, Vertreter der deutschen Regierung nach Wien begeben, um die bereits begonnenen Unterhandlungen über das künftige Wirtschaftsverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn wieder aufzunehmen. Dabei wird es sich, um gleich das Wichtigste voranzuschicken, um etwas ganz anderes handeln als um einen gewöhnlichen Handels- und Zollvertrag. Das Verhandlungsthema wird diesmal teils enger, teils viel weiter abgesteckt sein und durchweg nur die zukünftigen Grundsätze und Richtlinien betreffen; von der Aufstellung endgültiger Detailabmachungen wird man vorläufig absehen. Ähnlich ist auch beim Abschluß des letzten Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn verfahren worden, wobei nach der amtlichen Erklärung „mit dem Umstand gerechnet werden mußte, daß die Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse nach dem Weltkriege derzeit noch nicht zu überblicken ist“. So ist es zum Beispiel selbstverständlich, daß gegenwärtig an die Aufstellung eines Zolltarifs, des bedeutungsvollsten Elements jedes Handelsvertrages, auch nicht zu denken sein wird. Lassen doch schon die gewaltigen Veränderungen, denen alle Produktionsfaktoren und die Preise aller Waren noch fortdauernd unterworfen sind, auch nicht annähernd erkennen, wie sich Zollschutz und Produktionschutz zueinander verhalten und wie sich selbst das Schicksal allgemeiner handelspolitischer Sätze, wie beispielsweise das der Meistbegünstigungsklausel, gestalten könnte. Wird mithin auf diesem Gebiete der Verhandlungsstoff ein Mindergewicht aufweisen, so ist in anderer Hinsicht wieder mit einer viel größeren Stofffülle als sonst zu rechnen. Darauf hat schon zu Beginn der gegenständlichen Verhandlungen der deutsche Staatssekretär Dr. Helfferich hingewiesen und im Budgetausschuß des deutschen Reichstages erklärt, daß neben zollpolitischen Vereinbarungen auch „Abmachungen im Verkehrswesen, im Wirtschafts- und Wohnrecht sowie in anderen wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten eine sehr bedeutsame Rolle spielen werden“. Demnach werden die weiteren Verhandlungen ohne allen Zweifel im Bannkreis jener Ideen stehen, die sich seit Beginn Krieges immer stärker geltend machen, und wenn auch nicht mitteleuropäische Bindungen, so doch eine weitgehende Wirtschaftsannäherung der Mittelmächte zum Ziele haben. In der Verfolgung dieses Zieles werden jedoch die beiderseitigen Vertreter der Zentralmächte niemals von zwei Grundregeln abweichen. Erstens, daß auch im Wirtschaftsbindnis oder, besser gesagt, gerade im Wirtschaftsbindnis zweier Reiche strenge Rechnung auf Freundschaft bedeutet, daß also das Zustandekommen eines Handelsvertrages die Wahrung wohlverstandener eigener Interessen zur wichtigsten Voraussetzung hat. Und zweitens, daß dem Gedanken der Wirtschaftsnäherung auch nicht entfernt irgendwelche aggressive Absichten zugrunde liegen, daß ihm vielmehr nach außen hin lediglich ein defensiver Charakter beizumessen ist.

Die demnächst beginnenden Unterhandlungen werden sich aber nicht bloß mit den erwähnten Problemen einer im allgemeinen doch noch mehr oder weniger fern liegenden Zukunft befassen, das Hauptgewicht wird vielmehr auf die Regelung der Verhältnisse der Zeit zu legen sein, die unmittelbar dem Friedensschluß folgen wird. Mit anderen Worten: Die Vertreter der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierungen werden über ein gemeinsames Vorgehen in vielen Fragen der Ubergangswirtschaft eingehende Beratungen pflegen. Hierher gehören auch Vereinbarungen, die sich auf gewisse Vorbedingungen einer gesunden Ubergangswirtschaft beziehen und somit schon ein einiges Vorgehen beim Friedensschluß sichern sollen, wie zum Beispiel wegen der Sicherung der Auslandsforderungen, der Erfordernisse für rechtswidriges Verhalten der Feinde, der gemeinsamen Stellungnahme zur Erfüllung von Lieferungsverträgen, der Wiederherstellung der Warenzeichenrechte in den feindlichen Staaten, der Sicherung des freien Rohstoffbezuges als Maßnahme gegen die englisch-amerikanischen Ringbildungen u. dgl. Von allen diesen Fragen ist das Rohstoffproblem das schwierigste; es ist das eigentliche Kernproblem der Ubergangswirtschaft. Schon deshalb, weil dabei Fragen des Schiffsraumes und der Währung mitspielen, die in beiden Staaten verschiedenartig gestaltet sind, wodurch, besonders infolge des Disagios der Krone gegenüber der Mark, dem einheitlichen Vorgehen starke Hemmnisse erwachsen. Es wird daher sehr zu prüfen sein, ob nicht etwa eine gemeinsame Devisenpolitik befolgt werden sollte, was für eine gewisse Zeit den Weiterbestand der Devisenzentralen und deren gegenseitige einvernehmliche Betätigung zur Folge hätte. Dazu kommen noch ungeheure organisatorische Schwierigkeiten. Welcher Rohstoffbezug soll in höherem, welcher in geringerem Maße eingeschränkt werden? Wer soll die Rohstoffe kaufen? Wer sie verteilen? Nach welchem Schlüssel sollen sie verteilt werden? Welche Industrien sind zu bevorzugen, welche reichlich, welche wenig, welche gar nicht zu dotieren? Auf solche und auf auf hundertlei andere Fragen wird eine Antwort gefunden werden müssen, eine beiderseits befriedigende Antwort. Denn angenommen, das Deutsche Reich beschließt, die Rohstoffeinfuhr zu dezentralisieren (etwa nach Branchen) und die Einkaufstätigkeit Kaufleuten zu übertragen, so ist es wohl ausgeschlossen, daß sich damit in Oesterreich eine

Zentraleinkaufsstelle mit amtlichem Charakter befassen könnte. Solche grundsätzlich verschiedene Einkaufsorganisationen würden schwerlich miteinander zu arbeiten vermögen. Es ist somit klar, daß die Regierungsvertreter nicht nur über äußere, sondern auch über damit zusammenhängende innere Fragen der beiden Staaten zu beraten und eine für beide Teile günstig gelegene Mittellinie zu finden haben werden. Dies ist keine leichte Aufgabe. Denn zu allen vorbesprochenen Schwierigkeiten kommt noch dazu der Umstand, daß Deutschland sowie Oesterreich und Ungarn an den einzelnen Fragen durchaus nicht im gleichen Maße interessiert sind. So hat, um nur bei der Rohstoffeinfuhr zu bleiben, bei der letzten Tagung des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes der ungarische Referent ausdrücklich erklärt, daß in Ungarn vom Werte der ungarischen industriellen Produktion im Betrage von 2-1 Milliarden Kronen rund 1-4 Milliarden, also mehr als die Hälfte, auf die landwirtschaftliche und Nahrungsmittelindustrie fallen, deren Rohstoffe fast ausschließlich von der inländischen Produktion geliefert werden. Folglich kann Ungarn mehr als die Hälfte der industriellen Produktion ohne jede Rohstoffbeschaffung aus dem Auslande forsetzen. Dagegen kann in Ungarn, da hier von der nationalen Produktion 64-4 Prozent auf die Ubrproduktion entfallen, die Produktionstätigkeit nach dem Kriege leichter und in größeren Dimensionen ohne jedes staatliche Eingreifen aufgenommen werden als in einem Industriestaate, wo mit der nationalen Produktion größtenteils nur nach vorheriger Sicherung der Rohstoffe und Halbfabrikate begonnen werden kann. Aber auch darum ist der wirtschaftliche Uebergang in Ungarn leichter, weil dessen auswärtiger Waren- und Wertverkehr sich überwiegend gegenüber Oesterreich, also auf einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, abwickelt. So entfallen von Ungarns gesamtem Warenverkehr 74 Prozent, von seinem nach dem Auslande fließenden Zinsen- und Dividendenbeitrage 68 Prozent auf Oesterreich. Schon die obigen Stichproben beweisen die Erdrdigkeit der zudem auf höchst labilen Unterlagen ruhenden Materie und die ungeheure Fülle des Stoffes. Es ist daher nur allzu gerechtfertigt, wenn in der Mitteilung über die demnächst bevorstehenden Unterhandlungen der beiderseitigen Regierungsvertreter darauf hingewiesen wird, daß sie voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen werden.